



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation (SBFI)
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland über die gegenseitige Feststellung der Gleichwertigkeit von beruflichen Abschlüssen (Modernisierung der Vereinbarung von 1937); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Hügli
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Juni 2020 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland über die gegenseitige Feststellung der Gleichwertigkeit von beruflichen Abschlüssen (Modernisierung der Vereinbarung von 1937); Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

Die Förderung der internationalen Anerkennung von Schweizer Bildungsabschlüssen ist für die Kantone von zentraler Bedeutung. Wir begrüssen die Bestrebungen des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), das Abkommen zu modernisieren. Wir unterstützen die Erweiterung der gegenseitigen Anerkennung auf alle Berufe, die in der Schweiz und in Deutschland eine bundesrechtliche Grundlage haben.

In Artikel 1 des vorgesehenen Abkommens wird erwähnt, dass der erweiterte Geltungsbereich des Abkommens alle Abschlüsse der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung gemäss eidgenössischem Berufsbildungsgesetz umfasst. Ausgenommen sind jedoch die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen.

Im Hinblick auf den gegenseitigen Zugang zur beruflichen Weiterbildung und zur Stärkung der höheren Berufsbildung in der Schweiz ist es aus Sicht des Kantons Uri wünschenswert, dass auch für Absolventinnen und Absolventen von Bildungsgängen der Höheren Fachschulen die Möglichkeit einer Gleichwertigkeitsanerkennung ihrer Abschlüsse besteht. Die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen stellen eine der Säulen unserer Tertiärbildung dar. Sie bringen hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte hervor, deren Abschlüsse im Ausland ebenfalls bekannt sein sollten.

Ein weiterer zentraler Punkt für die Attraktivität der Berufsbildung und wichtig für die Durchlässigkeit im schweizerischen Bildungssystem ist die Berufsmaturität (BM). Deren Förderung ist ein erklärtes Ziel des Bundesrats. Auch hier ist es uns ein grosses Anliegen, dass die Anerkennung von schweizerischen BM-Abschlüssen in einem gegenseitigen Abkommen erreicht wird.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Altdorf, 22. September 2020



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Urban Camenzind

Roman Balli